

*„Wenn man es hinnimmt, wie es ist, dann heißt das,
dass man sein Land nicht mehr liebt.“*

(Hilde Spiel)

Positionspapier

Allgemeine Vorbemerkung

„Erbarmungslos“ – so betitelte die Süddeutsche Zeitung den Artikel über den Umgang mit den sog. „Nutztieren“ in der Wochenendbeilage 20./21. September 2014, in dem der Autor am Ende schreibt: „Wir sind Bürger. Wir haben die Verantwortung, auch für unsere Mitgeschöpfe. Der Letzte macht das Licht aus. Und der wollen wir nicht sein.“ (Helmut Schödel, SZ Nr. 217).

Das Thema ist angekommen, wir sind informiert! Wir wissen vom zigtausendfachen Tierleid in industriellen Tierhaltungsanlagen, wir kennen die Auswirkungen der Agrarfabriken auf unser Grundwasser und das weltweite Klima, wir wissen um den Zusammenhang des Einsatzes von Antibiotika in der Tiermast, ohne den die Tiere in artfremder Massentierhaltung ihr kurzes Leben als Fleischlieferant nicht überleben würden, mit dem Vormarsch tödlicher multiresistenter Keime, gegen die es keine Hilfe mehr gibt (vgl. die aktuelle Artikelserie „Die Rache aus dem Stall“ in: DIE ZEIT).

Wo massenhaft Tiere „produziert“ werden, müssen auch massenhaft Tiere im Akkord und mit möglichst automatisierter Technik getötet werden. Längst teilen sich den Schlachtmarkt in Deutschland einige wenige Großkonzerne, deren Betriebsphilosophie Gewinn und Rendite sind, also schneller, größer, billiger – zu Lasten von Tier und Mensch. Sie erhöhen wiederum den Druck auf den Erzeuger, in noch größere Intensivtierhaltung zu investieren ... ein Teufelskreis!

Wenn man das alles weiß, warum handelt die Politik nicht? Warum wird der Tierschutz nicht gestärkt? Warum wird Massentierhaltung immer noch wirtschaftlich gefördert und subventioniert, während traditionelle bäuerliche Strukturen ruiniert werden? Warum gibt es kaum rechtliche Möglichkeiten, die Expansion von Schlachtkonzernen zu stoppen?

In ganz Deutschland bilden sich Initiativen engagierter Bürger, die versuchen, neue Megaschlachthöfe zu verhindern, oft auch mit Erfolg, z. B. in Bad Bernburg (Sachsen-Anhalt) „Keine Schweinerei“ oder das „Bündnis Mut“ gegen den Schlachthof in Ahlhorn.

Schlachthof Landshut

2006 übernahm der niederländische Konzern Vion (Jahresgesamtumsatz 2013: 7,0 Mrd. Euro, Gewinn: 106 Mio. Euro) den Schlachthof Landshut sowie die weiteren Schlachthöfe in Niederbayern von der Südfleisch GmbH mit 60% der Anteile. 2010 wurde die Rinderschlachtung eingestellt, seitdem wird nur noch Schweineschlachtung praktiziert.

Im Zuge einer neuerlichen Konzernumstrukturierung soll der Standort Landshut nun weiter ausgebaut werden und die Schlachtkapazität von bisher 12.000 Schweinen pro Woche auf ca. 21.000 Schweine pro Woche nahezu verdoppelt werden.

Der Zusammenhang mit der industriellen Schweinemast im Landkreis Landshut liegt auf der Hand. Laut Agrarbericht des Bayerischen Landwirtschaftsamtes 2012 gibt es im Landkreis Landshut 371.500

SCHUTZBÜNDNIS TIER UND UMWELT LANDSHUT

Landshuter Bürgerinitiative gegen die Schlachthoferweiterung

Schweine. Den traurigen Rekord hält dabei die Gemeinde Hohenthann mit ca. 65.000 Schweinemastplätzen bei 3800 Einwohnern. Diese Schweinedichte hat Folgen: Durch den massiven Düngereinsatz ist das Grundwasser in dieser Region stark mit Nitrat belastet. Es mussten bereits Brunnen geschlossen werden. Eine Trinkwasseraufbereitungsanlage ist im Bau.

Der Zusammenhang mit Skandalen andernorts ist ebenfalls nahe liegend. Im Februar 2014 wurde der von Vion Food betriebene Schlachthof in Bad Bramstedt (Schleswig Holstein) wegen massiver Tierschutzverstöße, die auf fehlende Sachkenntnis der ausländischen Arbeiter zurückgeführt wurden, wochenlang geschlossen; die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern an. 2013 demonstrierten Mitarbeiter vor dem Vion Schlachthof in Emstek (Lkr. Cloppenburg) wegen Lohndumping und menschenunwürdige Unterbringung der Arbeitnehmer aus Ost- und Südosteuropa. 2012 reichten Mitarbeiter des von Vion betriebenen Schlachthofs in Waldkraiburg eine Petition an den Bayerischen Landtag ein, in der sie auf Missstände und unwürdige Arbeitsbedingungen hinwiesen. Offenbar rechnet der Konzern in Bayern mit günstigeren Rahmenbedingungen für seinen Konzernausbau als in anderen Bundesländern.

Diese Pläne haben bei Bekanntwerden in der Öffentlichkeit bereits erhebliche Proteste ausgelöst. In kurzer Zeit haben auf der Internet-Plattform www.change.org ca. 45.000 Menschen die Online-Petition der Landshuter Bürgerin Kathrin Kaiser-Hilz an den Landshuter OB Hans Rampf unterzeichnet.

Plenaranfragen im Oktober 2014 haben u.a. „veterinärrechtliche Beanstandungen“ in den letzten Jahren ergeben (u.a. Plenaranfrage Nr.05). Bei einer Sachverständigenanhörung im Umweltsenat der Stadt Landshut hatte am 21.10.2014 der zuständige Amtstierarzt Dr. Ulrich von einer „systemimmanenten“ Fehlbetäubungsquote gesprochen, die sich aufgrund der schnelleren Taktung am „Schlachtband“ erhöhen wird. Bei der Praxis der CO₂-Betäubung werden die Schweine zu mehreren Tieren in automatisch betriebene „Gondeln“ verfrachtet, durch die sie zu einer Kammer befördert werden. Dort werden sie einem Gasmisch ausgesetzt, das zu mehr als 40% aus Kohlendioxid besteht. Die Tiere sind einem Erstickungskampf und Atemnot ausgeliefert. Da sie nur betäubt, aber während der Begasung nicht getötet werden dürfen, ist häufig die Dosis so gering, dass einige Schweine unbetäubt auf das Tötungsfließband gelangen. In diesem Fall sind die Tiere während des Durchschneidens der Schlagadern und der Entblutung bei Bewusstsein. Bis zu 12,5 % der Schweine sind vor und während der Schlachtung nicht ausreichend betäubt. Bis zu 1% der Schweine sind nach der Entblutung empfindungsfähig und erleben das anschließende Eintauchen in ca. 60 Grad heißes Wasser in der Brühanlage bewusst mit (Quelle: Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt).

In einer weiteren Plenaranfrage antwortete OB Rampf, dass 65 % des in Landshut „erzeugten“ Schweinefleisches in den Export gehen (Plenaranfrage Nr. 06). Für die Versorgung der Region ist keine Schlachthoferweiterung notwendig.

Wir lehnen die weitere Expansion des Schlachthofes in Landshut ab!

Unterstützen Sie dieses Positionspapier mit Ihrer Unterschrift und aktiven Mitarbeit!

V.i.S.d.P. Dr. Ulrike Bayer, Postfach 1110, 84004 Landshut